

Kleine Anfrage 1793

des Abgeordneten Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Ab jetzt Finanzierung der FBB GmbH aus dem Sondervermögen des Landes

Im Jahr 2012, nach der letzten gescheiterten Eröffnung des BER, taten sich plötzlich extreme Finanzierungsengpässe der Flughafengesellschaft auf. Am Ende war dann von 1,2 Mrd. Euro die Rede – auch im Zusammenhang mit dem OVG-Urteil mit dem Schallschutz. Diese 1,2 Mrd. Euro mussten von der EU notifiziert werden, im so genannten „Private-Investor-Test-Verfahren“. Es wurde von der FBB GmbH respektive der Landesregierung behauptet, dass der Schallschutz nunmehr plötzlich 750 Mio. Euro kosten würde und dies einer der entscheidenden Gründe der Mehrkosten sei. Die letzte Tranche aus dem Topf der 2012 von den Gesellschaftern bereit gestellten Mitteln wurde von FBB nunmehr 2016 abgerufen - so hieß es im letzten Sonderausschuss BER am 2.5.2016 von Seiten des Finanzministers.

Als erkennbar wurde, dass das Geld aus der Finanzierungsrunde von 2012 nicht reichen und nur ein Tropfen auf den heißen Stein darstellen würde, wurde in den Jahren 2013/14 über weitere Finanzmittel nachgedacht. Allerdings wurde ein weiterer Finanzmittelbedarf vor der Landtagswahl 2014 von SPD und Linkspartei bestritten und geleugnet. Wenige Wochen nach der Landtagswahl hat die Landesregierung dann plötzlich verkündet, dass nochmals 400 Mio. Euro aus dem Landeshaushalt für den BER erforderlich wären. In der Haushaltsdebatte hat die Landesregierung vier Wochen vor der Verabschiedung des Haushalts mitgeteilt, dass sie noch mal 400 Mio. Euro für den BER benötige und hat dafür ein Sondervermögen aufgelegt. Somit ist man 2015 ff schon bei 800 Mio. Euro zusätzlichem Zuschuss aus dem Landeshaushalt für die FBB. Dies wird wohl auch noch nicht das Ende der Fahnenstange gewesen sein.

Aus diesem Grund frage ich die Landesregierung:

1. Was ist der aktuelle Stand zur Notifizierung der Gesellschafterzuschüsse im Rahmen der EU-Notifizierung?
2. Was ist schon von der EU genehmigt?
3. Wie ist die Landesregierung konkret in dieses Verfahren eingebunden?

4. Wann hat die Bundesregierung in Abstimmung mit der Landesregierung welche Unterlagen bei der EU eingereicht? Und wo kann man diese als Abgeordneter einsehen?
5. Was weiß die Landesregierung konkret von dem EU-Notifizierungsverfahren?
6. Wer ist hier im Land Brandenburg federführend zuständig?
7. Aufgrund welcher konkreten Probleme/Anfragen ist noch immer keine Genehmigung ergangen?
8. Was ist der aktuelle Stand zum Sondervermögen BER? Ist das Sondervermögen schon aufgelegt? Hat die FBB hier schon Finanzbedarf angezeigt oder beantragt? Wann soll das Geld an die FBB fließen? Welche Unterlagen/Nachweise muss die FBB einer solchen Mittelanforderung beifügen?